



Nr. 24

23.Juni 2016

Inhalt

[Mehr Lohngerechtigkeit durch den Gesetzgeber](#)

[dbb Vize Claus Weselsky in Naunhof: Werden gemeinsam kämpfen](#)

[„Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“](#)

[Nach Kita-Streiks: Runder Tisch gefordert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Eigenthaler: Steuergerechtigkeit ist von unverzichtbarer Bedeutung](#)

[„DPoIG: Gefahr terroristischer Attacken in Europa bleibt hoch](#)

[GdS für Stärkung der gesetzlichen Rente](#)

[VBE: Bildungsungerechtigkeit ist Achillesferse der Integration](#)

[VRB stellt die Weichen für die künftige Verbandsarbeit](#)

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Mehr Lohngerechtigkeit durch den Gesetzgeber

(dbb) Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften waren am 28.

Juni 2016 auf Einladung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin zusammengekommen, um sich über das von Manuela Schwesig geplante Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit auszutauschen. Dessen Ziel ist es vor allem, Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen. Das sogenannte Gender Pay Gap wird mit 21 Prozent für die gesamte Volkswirtschaft beschrieben.

Ansatzpunkte für eine Verbesserung sieht das Ministerium in verstärkten Betreuungsperspektiven in Vorschule und Schule, in einer Reduzierung ungewollter Teilzeit und einem Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, in einer Aufwertung typischer Frauenberufe und in mehr Transparenz der Einkommen. Dazu soll ein individueller Auskunftsanspruch für alle Beschäftigten gegenüber dem Arbeitgeber geschaffen werden. Entgeltdiskriminierung soll durch betriebliche Überprüfungsverfahren, die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zertifiziert werden müssen, entgegengewirkt werden. Unternehmen sollen über Frauenförderung und Entgeltgleichheit informieren, die Berufsberatung vor allem durch die Bundesagentur für Arbeit um solche Aspekte erweitert werden.

Während die Arbeitgeber das Projekt als komplizierte Bürokratie zurückwiesen, betonten die Gewerkschaften Handlungsnotwendigkeiten gerade in den kleineren und mittleren Betrieben. Fehlende Tarifbindung und 70 Prozent Betriebe ohne Betriebsräte gäben Mitbestimmung und Sozialpartnern nur begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten, so dass ein Eingreifen

des Gesetzgebers hilfreich sei. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt betonte dabei, dass die Autorität der Tarifpartner nicht durch faktische Genehmigungsverfahren in Frage gestellt werden dürfe. Bei einer begrenzten Zahl von Entgeltgruppen, aber Tausenden von Merkmalen bei der Tätigkeitsbeschreibung gebe es keine Garantie gegen Fehlbewertungen. Zudem kämen technischer Fortschritt und Digitalisierung sowie veränderte gesellschaftliche Auffassungen als dynamische Faktoren hinzu. „Wir sollten aber dabei auf die Selbstheilungskräfte funktionierender Tarifpartnerschaften vertrauen“, erklärte Dauderstädt und verwies etwa auf die mit Streik herbeigeführten Korrekturen im Sozial- und Erziehungsdienst.

Zusammen mit der dbb bundesfrauenvertretung, deren Vorsitzende Helene Wildfeuer den dbb in den zeitgleich stattfindenden Foren und Steuerungsrunden des Sozialpartnerdialogs repräsentiert, wird der dbb die berechtigten Anliegen in dem nun gestarteten Gesetzgebungsverfahren weiter intensiv begleiten.
(01/24/16)

dbb Vize Claus Weselsky in Naunhof: Werden gemeinsam kämpfen

(dbb) Am 27. Juni 2016 begann ein zweitägiger Warnstreik der Beschäftigten in Naunhof, um Verhandlungen über die Einführung des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes durchzusetzen. Von dieser Aktion betroffen waren die Kindertagesstätten der sächsischen Kommune.

Der stellvertretenden dbb Bundesvorsitzende und Chef der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky sprach den Beschäftigten als Gastredner bei einer Kundgebung auf dem Naunhofer Marktplatz Mut zu: „Einen Arbeitskampf über lange Zeit auszufechten ist nicht leicht. Bei den Bürgerinnen und Bürgern, denen man sich verpflichtet fühlt, schwinden vielleicht die Geduld und das Verständnis. In der Presse und im Rundfunk können kritische Beiträge erscheinen. Und die Arbeitgeber zeigen einem ohnehin gerne die kalte Schulter. Aber davon werden wir uns nicht beirren lassen. Die Forderung nach einem Tarifvertrag ist mehr als berechtigt. Und

dafür werden die Beschäftigten in Naunhof und die ganze dbb-Familie gemeinsam kämpfen.“

Hintergrund:

Seit 1994 haben die Beschäftigten von Naunhof keinen gültigen Tarifvertrag mehr. Die Stadt ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Bezahlt wird nur auf Grundlage einzelvertraglicher Regelungen. Vielfach bleiben die Bezahlung und Arbeitsbedingungen hinter denen der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück.

(02/24/16)

„Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ Nach Kita-Streiks: Runder Tisch gefordert

(dbb) „Der dbb fordert einen Runden Tisch von Bund, Ländern, Kommunen und Gewerkschaften zur Verbesserung der Kinderbetreuung“, sagte Andreas Hemsing, Mitglied der Geschäftsführung der dbb Bundestarifkommission, am 29. Juni 2016 in Berlin. Nach den Kita-Streiks im Zuge der Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst im vergangenen Jahr, die von Hemsing geführt wurden, müssten nun die politischen Rahmenbedingungen für frühkindliche Bildung verbessert werden.

Eine am selben Tag veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung kam zu dem Ergebnis, dass bundesweit 107.000 Kita-Fachkräfte fehlen. Pädagogisch sinnvoll ist demnach ein Betreuungsschlüssel von 1:3 für unter dreijährige und 1:7,5 für ältere Kindergartenkinder. Laut dem „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ sei der tatsächliche Wert jedoch regional sehr unterschiedlich – und driftet weiter auseinander. Während in Baden-Württemberg aktuell keine zusätzlichen Stellen benötigt würden, bildeten Nordrhein-Westfalen (16.600 Stellen) und Sachsen (16.900 Stellen) mit den größten Fehlbedarfen die Schlusslichter. „Die Zahlen sind alarmierend“, sagte Hemsing. „Insbesondere vor dem Hintergrund, dass tausende geflüchtete Kinder unseren besonderen

Schutz sowie unsere Hilfe bei der Integration benötigen.“

Gemeinsame Bemühungen aller Beteiligten für bundeseinheitliche Standards bei der frühkindlichen Bildung seien daher unumgänglich, machte Hemsing deutlich: „Der Wettbewerbsföderalismus muss enden, wenn es um das Recht von Kindern auf Chancengleichheit geht.“ In der Vergangenheit hätten sich Bund, Länder und Kommunen bei den notwendigen politischen Vorgaben, deren Finanzierung sowie der praktischen Umsetzung „gegenseitig den Schwarzen Peter zugeschoben. Das muss ein Ende haben.“
(03/24/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Eigenthaler: Steuergerechtigkeit ist von unverzichtbarer Bedeutung

(dbb) Steuergerechtigkeit ist ein zentraler und unverzichtbarer Baustein einer funktionierenden staatlichen Ordnung. Das bekräftigte der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler in Grundsatzreferaten vor den Hauptvorständen ("Bezirkskonferenzen") der DSTG-Bezirke Baden (21. Juni 2016 in Durbach) sowie Württemberg (22. Juni in Bad Herrenalb).

Nur wenn alle Steuerzahler gemäß ihrer gesetzlichen Verpflichtung gleichmäßig und zeitnah ihr Scherflein beitragen, könne von einem funktionierenden Staatswesen gesprochen werden. Hingegen trügen Defizite im Steuervollzug zu Politikverdrossenheit und einem Gefühl der Ohnmacht beim Bürger sowie zur Stärkung populistischer Parteien bei. Dies sei beim Thema „Panama Papers“ wieder einmal sehr deutlich geworden, so Eigenthaler. Essenziell und unverzichtbar sei dabei eine gut funktionierende Finanzverwaltung, die sowohl personell als auch mit moderner Sach- und EDV-Ausstattung gut aufgestellt sein muss. Leider gebe es hier noch gravierende Defizite. Dies wolle die DSTG als Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung durch die Neuauflage ihrer Veranstaltung „TAG der STEUERGERECHTIGKEIT“ auch öffentlich deutlich machen. „Wir

sind Steuergerechtigkeit“ – dies müsse deutschlandweit das Motto der Finanzverwaltung sein, so Eigenthaler.

Auf den Bezirkskonferenzen erneuerte Eigenthaler zudem seine Kritik an der Einigung der Großen Koalition auf eine Erbschaftsteuerreform. Die DSTG hege starke Zweifel, ob der Kompromiss verfassungstauglich sei. Er sei erkennbar von dem Wunsch getragen, der Wirtschaft Privilegien in großem Ausmaß zu gewähren. Zudem ändere der Kompromiss nichts an dem Grundproblem: Private Vermögensinhaber zahlen eine hohe Erbschaftsteuer, während betriebliche Vermögen nahezu verschont bleiben.
(04/24/16)

DPoIG: Gefahr terroristischer Attacken in Europa bleibt hoch

(dbb) Mit Betroffenheit hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) auf den Terroranschlag am größten Istanbuler Flughafen reagiert. „Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen“, sagte DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 29. Juni 2016. „Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass es gegen entschlossene Selbstmordattentäter keinen absoluten Schutz gibt. Nicht erst seit Paris, Brüssel und nun zum wiederholten Mal Istanbul müssen sich die Menschen bewusst sein, dass sie in verletzbaren Gesellschaften leben.“

Die DPoIG fordere deshalb, alles zu unternehmen, um Schutzlücken zu schließen. Wendt: „Dazu gehört in Deutschland die personelle Stärkung der Sicherheitsbehörden und eine verstärkte Zusammenarbeit und ein verbesserter Informationsaustausch der Polizeien und Nachrichtendienste untereinander. Auch in Europa brauchen wir eine Sicherheitsstrategie mit verbindlichen Zielen und konkreten Maßnahmen“, so Wendt. Die Polizei müsse alles wissen über Gefährder, über Reisewege, über

mögliche Komplizen. „Um im Kampf gegen Kriminalität und Terrorgefahr effektiver zu werden, muss der Ausbau von gemeinsamen Ermittlungsteams auf dem operativen Gebiet vorangetrieben werden.“ Auch die europäische Polizeibehörde Europol sollte finanziell, personell und inhaltlich gestärkt werden, forderte Wendt.

(05/24/16)

GdS für Stärkung der gesetzlichen Rente

(dbb) Im Vorfeld der von Bundessozialministerin Andrea Nahles für Herbst 2016 angekündigten Rentenreform hat sich die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) für eine Stärkung der gesetzlichen Rente als Grundpfeiler der Alterssicherung in Deutschland ausgesprochen. Plänen für eine "Rente mit 70" erteilt die GdS hingegen eine klare Absage.

"Die gesetzliche Rente hat über Jahrzehnte ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten", konstatierte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner. Wenn die Rente nicht mehr zum Leben reiche, schwinde jedoch deren Akzeptanz in der Bevölkerung. Auch deshalb dürfe es keine weitere Absenkung des aktuellen Rentenniveaus geben, so Wagner am 24. Juni 2016.

"Die kontinuierliche Entkopplung des Rentenniveaus von der wirtschaftlichen Entwicklung muss ein Ende haben", forderte Wagner. Dabei könne die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 70 Jahre keine Lösung sein, weil mit dem Renteneintrittsalter von 67 Jahren die Grenze des Zumutbaren bereits erreicht sei. Um die gesetzliche Rente auch in Zukunft gerecht und nachhaltig auszustatten, sei es notwendig,

sämtliche versicherungsfremden Leistungen konsequent aus Steuermitteln und nicht mehr aus Rentenbeiträgen zu finanzieren. "In diesem Zusammenhang wird sowohl über eine Erhöhung des Bundeszuschusses als auch über eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zu diskutieren sein", so Wagner.

Zudem appellierte der GdS-Chef an die Politik, endlich ihr mittlerweile jahrzehntealtes Versprechen einzulösen und in der Rentenversicherung schnellstmöglich gleiches Recht in Ost und West herzustellen: "Es kann und darf nicht sein, dass es in Deutschland mehr als ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung immer noch unterschiedliche Rentenwerte gibt."

(06/24/16)

VBE: Bildungsungerechtigkeit ist Achillesferse der Integration

(dbb) „Wer Bildung zum Schlüssel der Integration macht, darf das Schlüsselbund nicht in der Tasche verstecken.“ So kommentierte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), am 21. Juni 2016 den UNICEF-Lagebericht zur Situation der Flüchtlingskinder in Deutschland. In dem Bericht wird herausgestellt, dass viele Kinder nicht oder le-

diglich mit Ersatzunterricht in den Flüchtlingsunterkünften beschult werden. Es fehlen einheitliche Regelungen zum Schulbesuch, Räumlichkeiten an den Regelschulen, entsprechend qualifizierte Lehrkräfte und Schulpsychologen

UNICEF fordert die Beschulung in Regelschulen, auch um das Erleben von Normalität zu ermöglichen und den Kindern die notwendige Stabilität zu vermitteln. Beckmann klagt an: „Die Politik wird nicht müde, die Bedeutung der Bildung hervorzuheben, aber sieht unbewegt zu, wenn die Bundesländer extrem heterogene Regelungen erlassen. Damit sind die Teilhabechancen mehr denn je abhängig vom Aufenthaltsort. Die daraus resultierende Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ist die Achillesferse der Integration“, so Beckmann.

Für eine gelingende Integration der Flüchtlingskinder müssten entsprechende Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Wichtig sei, dass gerade bei Aufnahme von Flüchtlingskindern in Regelschulklassen die Lerngruppengröße deutlich abgesenkt wird. Auf den zusätzlichen Bedarf an Aufmerksamkeit könne sonst nicht adäquat reagiert werden. Der VBE-Bundesvorsitzende stellt fest: „Flüchtlingskinder brauchen Normalität und besondere Unterstützung zugleich. Unterricht in zu großen Klassen und zu kleinen Räumen ohne zusätzliche Unterstützung für die Lehrkraft ist nicht zielführend.“
(07/24/16)

VRB stellt die Weichen für die künftige Verbandsarbeit

(dbb) Am 23. Juni 2016 hat der Gesamtvorstand des Vereins der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) die Weichen für die künftige Verbandsarbeit gestellt. Im Mittelpunkt der Sitzung in Berlin standen Abschlussarbeiten zur umfassenden Satzungsänderung sowie die Vorbereitung der diesjährigen Neuwahlen.

Die Satzung des VRB war zuletzt im Jahr 1999 angepasst worden. Seitdem hat sich in der Vereinsarbeit und den Vereinsstrukturen einiges getan. Der Gesamtvorstand setzte daher im vorletzten Jahr eine Satzungskommission ein, die einen Modernisierungsvorschlag erarbeitete. Dieser sieht unter anderem die Stärkung der Position der Frauenbeauftragten und des Seniorenvertreters vor; beide sollen künftig stimmberechtigte Mitglieder des Gesamtvorstands sein. Ferner ging es um die Berücksichtigung steuerrechtlicher und datenschutzrechtlicher Aspekte, aber auch um Anpassungen der Regelungen zu den Vereinsorganen und zur Liquidation des Vereins. Zum nun verabschiedeten Entwurf der Satzungsänderung sagte der Vorsitzende des VRB, Matthias Stolp: „Besonders hervorheben

möchten wir, dass mit Blick auf die Umsetzung verbandspolitischer Kernforderungen des VRB nach einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf, Familie und ehrenamtlichem Engagement und nach mehr Frauen in Führungspositionen in der Satzung die Möglichkeit geschaffen werden soll, den Vorsitz nicht nur durch eine Person wahrzunehmen, sondern auch auf eine paritätisch besetzte Doppelspitze aufzuteilen.“ Der Entwurf der geänderten Satzung wird noch im Sommer 2016 in einer Mitgliederversammlung zur Abstimmung gestellt. Anschließend können die turnusgemäßen Neuwahlen des Vorstands durchgeführt werden. Die dazu notwendigen Vorbereitungsarbeiten wurden durch den Gesamtvorstand ebenfalls auf den Weg gebracht.
(08/24/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) Pläne der grün-schwarzen baden-württembergischen Landesregierung für zusätzliche Stellen in ihren Ministerien sind beim BBW auf Ablehnung gestoßen. Der Beamtenbund Baden-Württemberg nannte die Pläne "ein falsches Signal", schließlich fehlten landesweit mehrere Tausend Beamte. "Ich kennen keine Klagen über extreme Engpässe in Ministerien,

ich kenne aber Klagen über extreme Engpässe in Regierungspräsidien oder Finanzämtern", sagte der BBW-Landeschef und dbb Vize **Volker Stich** laut "Südwest Presse" (Ausgabe vom 22. Juni 2016). "Erst wird laut verkündet, wir müssen sparen und dann das." Für ihn seien die Pläne der Regierung absolut nicht nachvollziehbar, so Stich. Die "Stuttgarter

Nachrichten" (Ausgabe vom 22. Juni 2016) zitierten Stich mit den Worten: "Es besteht der Verdacht, dass diese Stellen der Unterbringung und Versorgung politischer Weggefährten dienen sollen."

Die Einführung des G-8-Modells für Gymnasien im Jahr 2003 war nach Auffassung von **Heinz-Peter Meidinger** "ein Hauruckverfahren, über die Köpfe der Betroffenen hinweg". Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) sagte der "Süddeutschen Zeitung" (Ausgabe vom 27. Juni 2016): "Die Ablehnung hat sich seitdem sogar eher vergrößert als verkleinert." Er habe Sympathie dafür, dass man sich alles genau anschaut und keine vorschnelle Lösung will, so Meidinger weiter. "Ich will aber keine Lösung, mit der wir wieder zehn Jahre Unruhe an den Gymnasien haben. Wir erleben das derzeit in Hessen. Dort gibt es Schulen, die zwölf Jahre anbieten, Schulen, die 13 Jahre anbieten und Schulen, die beides anbieten. Das bringt große Verunsicherung und Ärger an die Einzelschule sowie in die Kommunen, die für den Unterhalt der Schulen zahlen müssen. Meine dringende Bitte wäre, ein Modell zu finden, das auf Dauer angelegt ist und Ruhe einkehren lässt." Er glaube auch nicht, "dass die meisten Schüler kurz vor dem Burn-out stehen. Aber die Lehrpläne sind bei der Umstellung aufs G 8 gekürzt worden. Dabei gingen wichtige Inhalte verloren - das kann und muss man hinterfragen".

Am 1. Januar 2016 gab es im Landesbereich rund 683.000 Pensionärinnen und Pensionäre des öffentlichen Dienstes. Wie das **Statistische Bundesamt** (Destatis) auf Basis vorläufiger Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik am 30. Juni 2016 weiter mitteilte, waren das 4,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Anstieg der Zahl der Ruhegehaltsempfänger und -empfängerinnen hat sich im Landesbereich seit Mitte der 1990er Jahre beschleunigt. Seit 1995 hat sich deren Zahl mehr als verdoppelt (+ 138 Prozent). Dies lässt sich laut Destatis überwiegend auf die hohe Zahl an Pensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern zurückführen, die in den 1960er und 1970er Jahren (aufgrund steigender Schülerzahlen infolge des Babybooms und des Trends zu höheren Schulabschlüssen) eingestellt worden waren. Insgesamt gab es Anfang 2016 in den Bereichen von Bund, Ländern und Kommunen rund 1.216.000 Pensionärinnen und Pensionäre des öffentlichen Dienstes (+ 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Von den insgesamt rund 64.000 Neupensionären des Jahres 2015 wurden 16 Prozent wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, rund 80 Prozent schieden mit Erreichen einer Altersgrenze aus dem aktiven Dienst aus und weitere vier Prozent aufgrund von Vorruhestandsregelungen oder sonstigen Gründen.
(9/24/16)

Termine zum Vormerken

Wertschätzungskonferenz der dbb jugend

"Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst"

Berlin, 29. August 2016

11. dbb Medienkonferenz

"Reformdruck, Sparzwang, Glaubwürdigkeitsproblem –

Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?"

Berlin, 19./20. September 2016

3. Seniorenpolitische Fachtagung

"Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen"

Berlin, 26. September 2016